

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
§ 1 Einführung.....	1
<i>A. Risiko und Sprachrisiko als Rechtsbegriffe</i>	<i>3</i>
<i>B. Bedeutung von Sprachenvielfalt in der europäischen Staatengemeinschaft.....</i>	<i>9</i>
<i>C. Englisch als Sprache des europäischen Privatrechtsverkehrs</i>	<i>12</i>
<i>D. Sprache und der DCFR.....</i>	<i>14</i>
<i>E. Fortgang und Ziele der Untersuchung</i>	<i>23</i>
§ 2 Der Umgang mit Sprachproblemen und die Sprachrisikoverteilung durch die „Rechtsgeschäftslehre“ des DCFR	25
<i>A. Das Vertragsrecht des DCFR.....</i>	<i>25</i>
<i>B. Allgemeine Voraussetzungen für den Vertragsschluss</i>	<i>35</i>
<i>C. Der Umgang mit Sprachproblemen beim Vertragsschluss</i>	<i>37</i>
<i>D. Sprache und die Auslegung von Verträgen sowie unilateraler judicial acts</i>	<i>80</i>
<i>E. Die Anfechtung als Rechtsbehelf zum Ausgleich von Sprachrisiken.....</i>	<i>155</i>
<i>F. Einbeziehung von nicht im Einzelnen ausgehandelten Bestimmungen</i>	<i>181</i>
<i>G. Zwischenergebnis</i>	<i>195</i>

§ 3 Gesetzliche Sprachregulierung und Grenzen rechtsgeschäftlicher Sprachwahl	197
<i>A. Bedürfnis für einen regulatorischen Umgang mit Sprachproblemen und Sprachrisiken</i>	198
<i>B. Sprachregulierung und die Vertragsfreiheit</i>	202
<i>C. Sprachregulierung im DCFR</i>	207
<i>D. Rechtsfolgen bei der Missachtung von Sprachregeln</i>	252
<i>E. Grenzen vertraglicher Sprachregulierung</i>	258
§ 4 Conclusio	262
<i>A. Sprachrisiken und das Vertragsrecht des DCFR</i>	262
<i>B. Bewertung der Ansätze zur Sprachregulierung</i>	265
<i>C. Weitere Verbesserungsvorschläge und Ausblick</i>	267
Literaturverzeichnis	269
Sachregister	283

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
§ 1 Einführung	1
<i>A. Risiko und Sprachrisiko als Rechtsbegriffe</i>	<i>3</i>
I. Risiko als Gegenstand der Rechtswissenschaft	3
II. Sprache als Risikofaktor	5
III. Sprachrisiko.....	6
<i>B. Bedeutung von Sprachenvielfalt in der europäischen Staatengemeinschaft.....</i>	<i>9</i>
<i>C. Englisch als Sprache des europäischen Privatrechtsverkehrs</i>	<i>12</i>
<i>D. Sprache und der DCFR.....</i>	<i>14</i>
I. Sinn und Zweck des Gemeinsamen Referenzrahmens	14
II. Sprachenvielfalt als Prinzip des DCFR.....	17
1. Sprachenvielfalt als Risikoquelle einer zukünftigen Anwendung	19
2. Die sprachliche Gestaltung des DCFR.....	19
a) Problematik einer Übersetzung	20
b) Sprachenvielfalt als Anspruch und Chance	21
<i>E. Fortgang und Ziele der Untersuchung</i>	<i>23</i>
§ 2 Der Umgang mit Sprachproblemen und die Sprachrisiko- verteilung durch die „Rechtsgeschäftslehre“ des DCFR	25

<i>A. Das Vertragsrecht des DCFR</i>	25
I. Konzeptionelle Kritik am Vertragsrecht des DCFR	27
1. Die Lehre vom Rechtsgeschäft.....	27
2. Würdigung einer Aufnahme der Lehre in den DCFR.....	29
II. Der Tatbestand von juridical acts und das Sprachrisiko	31
1. Erfordernis eines Erklärungsbewusstseins im deutschen Recht ...	31
2. Folgen eines fehlenden Erklärungsbewusstseins im DCFR	33
 <i>B. Allgemeine Voraussetzungen für den Vertragsschluss</i>	35
 <i>C. Der Umgang mit Sprachproblemen beim Vertragsschluss</i>	37
I. Sprachrisiken beim Wirksamwerden von Angebot und Annahme....	37
1. Sprachprobleme und ihr Einfluss auf die Abgabe	37
2. Sprachrisiko und der Zugang von unilateralen juridical acts.....	40
a) Anwesend, abwesend oder doch verkörpert.....	42
b) Der Zugang unter Abwesenden	43
aa) Zugang durch „Übermittlung“ an den Empfänger.....	44
bb) Übermittlung an Niederlassung oder Aufenthalt und Abrufbarkeit elektronischer Mitteilungen	45
cc) Anderweitiger Zugang	46
dd) Stellungnahme und Vergleich mit dem BGB	48
c) Verteilung des Sprachrisikos beim Zugang unter Abwesenden im DCFR	49
aa) Beachtlichkeit von Sprachproblemen bei Art. I-1:109(4)(d) DCFR	50
bb) Unbeachtlichkeit von Sprachproblemen für den Zugang	51
cc) Unbeachtlichkeit erkannter Sprachprobleme.....	53
d) Zugang von Erklärungen unter Anwesenden	54
aa) Zugang unter Anwesenden nach dem BGB.....	56
bb) Indizielle Wirkung des UN-Kaufrechts.....	58
cc) Stellungnahme zum Zugang unter Anwesenden im DCFR	59
dd) Sprachrisikoverteilung beim Zugang unter Anwesenden	61
II. Spezifischer Umgang mit Sprachrisiken beim Angebot	64
1. Angebote ohne bestimmbar Adressaten und invitatio ad offerendum.....	64
2. Rücknahme von Angeboten als Mittel zur „Sprachrisikoreduzierung“	66
a) Rücknahme von Angeboten im DCFR	67
b) Vergleich mit dem BGB.....	68

c) Auswirkungen auf den Umgang mit Sprachrisiken.....	70
d) Stellungnahme	71
III. Berücksichtigung von Sprachproblemen bei der Annahme	73
1. Die modifizierende Annahme als (Sprach-)Toleranz-	
vorschrift?.....	73
a) Zusammenhänge zwischen Wesentlichkeit und Sprache	75
b) Bewertung und Abgrenzung zum BGB	76
c) Die modifizierende Annahme und die Behandlung von	
Sprachrisiken	78
2. Rücknahme einer Annahme im DCFR.....	78
IV. Zusammenfassung	79
<i>D. Sprache und die Auslegung von Verträgen sowie unilateraler</i>	
<i>judicial acts</i>	80
I. Die Bedeutung der Auslegung für den DCFR	81
1. Dogmatische Grundlagen der Auslegung im DCFR	82
a) Die besondere Bedeutung des Auslegungsziels	84
aa) Relevanz der Unterscheidung für das Sprachrisiko	85
bb) Behandlung des Konflikts im europäischen Privatrecht	
und im BGB	86
b) Auslegungsziele und Methoden im DCFR	88
aa) Auslegung von unilateralen judicial acts	89
bb) Auslegung von Verträgen	90
2. Bedeutung des Auslegungsziels im DCFR für das	
Sprachrisiko	91
II. Berücksichtigung von Sprachproblemen durch die Auslegung	
des DCFR.....	93
1. Referenzmaßstab der normativen Vertragsauslegung	94
a) Spezieller Empfängerhorizont oder Verständnis eines	
Dritten.....	94
b) Gründe für den Verzicht auf eine Bezugnahme	96
2. Einfluss von Begleitumständen	97
a) Bedeutung von Begleitumständen für den Umgang mit	
Sprachproblemen	98
b) Begleitumstände im Sprachkontext	99
aa) Vorhergegangene Verhandlungen.....	100
bb) Parteiverhalten nach Vertragsschluss.....	102
cc) Spezieller Sprachgebrauch.....	103
3. Beachtlichkeit von individuellem Verständnis.....	104
4. Zwischenergebnis.....	106
III. Die Verteilung des Sprachrisikos durch die normative	
Auslegung des BGB	107

1. Ausgestaltung des normativen Maßstabs sowie seine Ausnahmen und Durchbrechungen	108
a) Individualisierung durch Begleitumstände	109
b) Vorrangigkeit von gemeinsamem Verständnis und erkanntem Willen.....	111
c) Einfluss einer „Auslegungssorgfalt“ auf die Auslegung	113
aa) Auslegungssorgfalt zwischen normativer und natürlicher Auslegung.....	115
bb) „Bloße“ Erkennbarkeit des tatsächlich gewollten Erklärungsinhalts.....	117
(1) Unbeachtlichkeit des individuellen „Erkennen-Müssens“ bei einer natürlichen Auslegung	117
(2) Beachtlichkeit des „Erkennen-Müssens“	118
(3) Interessengerechte Lösung über normative Auslegung	119
cc) Zweifel am normativen Auslegungsergebnis	121
(1) Erkundigungspflicht des Erklärungsempfängers.....	123
(2) Folgen bei einem Verstoß gegen die Erkundigungspflicht.....	125
(a) Unwirksamkeit infolge von Perplexität.....	125
(b) Differenzierte Fortgeltung	126
d) Erklärungssorgfalt als Korrektiv zur Auslegungssorgfalt	128
aa) Begrenzung der Sprachenfreiheit.....	129
bb) Rechtsfolgen bei verletzter Erklärungssorgfalt	131
2. Zwischenergebnis.....	132
IV. Geltung von Sorgfaltsanforderungen bei der Auslegung des DCFR.....	133
1. Sorgfalt als Ausdruck der Vernunft	134
a) Inhalt und Bestimmung der reasonableness.....	135
b) Verhältnis der reasonableness zum Grundsatz von Treu und Glauben	136
c) Die Bedeutung von Treu und Glauben für die Auslegung	137
2. Erkennbarkeit des Gewollten als Ausdruck des Sorgfaltsanspruchs	137
3. Begründetes Misstrauen wegen erkannter Sprachprobleme	139
a) Erkundigungspflicht des Erklärungsempfängers	139
b) Rechtsfolge bei Misstrauen gegenüber dem Erklärungsinhalt.....	140
4. Notwendigkeit eines „einheitlich europäischen Empfängerhorizonts“?.....	143
5. Einschränkung der Sprachenfreiheit durch den DCFR.....	144
6. Folgerungen für die Verteilung von Sprachrisiken	145

V.	Zwischenergebnis und Bewertung	146
VI.	Zweifelsfallregelungen	147
	1. Anwendungsbereich der contra proferentem-Regel	148
	2. Auslegung contra proferentem und Sprachrisikoverteilung	150
	3. Praktikabilität einer Ausweitung des contra proferentem- Gedankens.....	151
VII.	Rangverhältnis bei mehreren Sprachfassungen	152
VIII.	Bewertung der Beziehung von Sprache und Auslegung.....	154
E.	<i>Die Anfechtung als Rechtsbehelf zum Ausgleich von Sprachrisiken</i>	155
I.	Voraussetzungen für eine Irrtumsanfechtung im DCFR.....	157
	1. Wesentlichkeit eines Irrtums	157
	2. Sonstige Voraussetzungen und Einschränkungen der Irrtumsanfechtung	157
	3. Auswirkung der Einschränkungen auf die Sprachenproblematik.....	159
II.	Anfechtungsgründe mit Bezug zum sprachbedingten Missverständnis	160
	1. Der Inhaltsirrtum als Kommunikationsirrtum nach Art. II.-7:202 DCFR.....	160
	a) Anfechtung wegen sprachlich bedingter Inhaltsirrtümer	161
	aa) Verursacher Inhaltsirrtum.....	162
	bb) Erkennen Können oder Erkennen Müssen des Gewollten	163
	cc) Berechtigtes Misstrauen hinsichtlich des Erklärten.....	164
	dd) Der gemeinsame sprachbedingte Irrtum.....	167
	b) Die Problematik ungelesener Urkunden	168
	2. Sprachbedingte Erklärungsirrtümer	169
	3. Zwischenergebnis zu den Kommunikationsirrtümern	171
	4. Arglistige Täuschung	172
	a) Sprachverwendung und arglistige Täuschung durch positives Handeln.....	172
	b) Sprachverwendung und arglistige Täuschung durch Unterlassen	174
III.	Konzeptioneller Vergleich und Bewertung der unterschiedlichen Auswirkungen auf einen interessengerechten Umgang mit Sprachrisiken.....	175
IV.	Anfechtung wegen der Ausnutzung von Parteien mit Sprachproblemen.....	178
V.	Ergebnis zur Bedeutung des Anfechtungsrechts für das Sprachrisiko	180

<i>F. Einbeziehung von nicht im Einzelnen ausgehandelten Bestimmungen</i>	181
I. Sprachliche Anforderungen an die Einbeziehung von AGB.....	181
1. Sprache des Hinweises auf die AGB	183
a) Hinweis in der Verhandlungssprache	184
b) Lösung über die reasonableness im DCFR	186
aa) Individualisierung durch Begleitumstände.....	188
bb) Erkennbarkeit von Sprachproblemen	189
2. Sprache der AGB	189
a) Verhandlungs- und Vertragssprache.....	190
b) Anknüpfung an die reasonableness im DCFR	190
c) Individualisierung der Sprachverwendung und erkannte Sprachprobleme	192
II. Ergebnis und Bewertung der Einbeziehung von nicht im Einzelnen ausgehandelten Bestimmungen	194
<i>G. Zwischenergebnis</i>	195
§ 3 Gesetzliche Sprachregulierung und Grenzen rechtsgeschäftlicher Sprachwahl	197
<i>A. Bedürfnis für einen regulatorischen Umgang mit Sprachproblemen und Sprachrisiken</i>	198
I. Besondere Schutzbedürftigkeit aufgrund mangelnder Sprachfähigkeit.....	199
II. Schutzbedürftigkeit aufgrund von Status	200
<i>B. Sprachregulierung und die Vertragsfreiheit</i>	202
I. Bedeutung der Vertragsfreiheit für den Privatrechtsverkehr	202
II. Kritik an gesetzlicher Gewährleistung der Entscheidungsfreiheit	204
III. Sprachregulierung als Eingriff in die Sprach(en)freiheit.....	205
<i>C. Sprachregulierung im DCFR</i>	207
I. Explizite Sprachregelungen	207
1. Sprachbestimmung durch Anknüpfung an subjektive Kriterien.....	208
a) Auskunftspflicht des gesicherten Gläubigers.....	208
aa) Bewertung der Sprachrisikoverteilung.....	209
bb) Englisch als „Alternativsprache“	211

b)	Durchsetzungsanzeige des gesicherten Gläubigers	212
c)	Erwartungsgemäß vom Adressaten verstandene Sprache	213
2.	Stick to the language-Regeln als Sonderfall	215
a)	Sprache in Bezug auf geschlossene Verträge	216
b)	Sprache von Garantieurkunden	219
c)	Grundsatz der Verhandlungs- und Vertragssprache	220
3.	Sprachliche Pflichten des Unternehmers	222
II.	Implizite Sprachregelungen	225
1.	Language-style rules, Transparenzgebot und verständliche Information	225
a)	Nationalsprache des Empfängers als einzig verständliche Sprache?	227
aa)	Sprachregelungsqualität des Verständlichkeitsgebots	228
bb)	Position des EuGH	230
cc)	Schlussfolgerungen für den DCFR	231
b)	Begrenzung des Konkretisierungsspielraums	232
c)	Nationale Anforderungen und nationaler Umgang	234
aa)	Handhabung durch den deutschen Gesetzgeber	234
bb)	Nationale Praxis als Frage des Einzelfalls	236
cc)	Zwischenergebnis und Stellungnahme	239
d)	Autonomer Umgang mit Transparenzanforderungen im DCFR	240
e)	Language-style rules und die Erklärungssorgfalt	242
2.	Weitere Vorschriften und deren Einfluss auf die Sprachwahl	243
a)	Sprachregulierung durch Formerfordernisse	243
b)	Der Einfluss von Generalklauseln	245
III.	Zusammenfassung	246
IV.	Bewertung des gesetzlichen Systems sprachlicher Regulierung	248
<i>D. Rechtsfolgen bei der Missachtung von Sprachregeln</i>		<i>252</i>
I.	Rechtsfolgen im BGB	253
II.	Rechtsfolgen im DCFR	254
1.	Umkehrung der Sprachrisikoverteilung	255
2.	Auslegung contra proferentem als Rechtsfolge beim Verstoß gegen language-style rules?	256
3.	Anfechtung infolge der Verletzung von Informationspflichten	257
<i>E. Grenzen vertraglicher Sprachregulierung</i>		<i>258</i>
§ 4	Conclusio	262

<i>A. Sprachrisiken und das Vertragsrecht des DCFR</i>	262
<i>B. Bewertung der Ansätze zur Sprachregulierung</i>	265
<i>C. Weitere Verbesserungsvorschläge und Ausblick</i>	267
Literaturverzeichnis.....	269
Sachregister.....	283